

Stellungnahmen

der Mitglieder der

Niedersächsischen Allianz für die Krankenhäuser

anlässlich der Kundgebung am 21. September 2022 in Hannover



Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Corona-Pandemie hat die Ärzteschaft in den vergangenen zweieinhalb Jahren immens belastet und an ihre Grenzen gebracht. Inflation und der mit den neuesten Gesetzesentwürfen vorgesehene massive Spardruck des Bundesgesundheitsministeriums wird auf den Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen, deren Patientinnen und Patienten bereits jetzt unter den Folgen leiden. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine Wertschätzung des gesamten medizinischen Personals.

Ansprechpartnerin:

Dr. med. Martina Wenker, Präsidentin



Wir stellen uns tagtäglich der großen Verantwortung für unsere Mitarbeitenden und unsere Patienten. Dabei stehen wir selbstverständlich auch Rede und Antwort zu der schwierigen Lage, in der wir uns befinden. Langsam aber sicher gehen jedoch auch uns die Erklärungen dafür aus, warum wir von der Politik immer weiter im Regen stehen gelassen werden und keine Abhilfe geschaffen wird. Die aktuelle Situation ist nicht mehr vermittelbar.

Ansprechpartner:

Thomas Zauritz, Geschäftsführer



Caritasverband für die Diözese Hildesheim e.V.

Aufgabe der Politik muss es doch sein, die berechtigten Sorgen der Mitarbeitenden, der Patienten und der Bevölkerung vor einer Gefährdung der flächendeckenden Krankenhausversorgung ernst zu nehmen und schnellstmöglich tragbare Lösungsvorschläge auf den Tisch zu legen. Unverständlicherweise fehlen seitens des Bundes noch immer konkrete Aussagen dazu, wie die sich zuspitzende Lage wirksam entschärft werden kann.

Ansprechpartner:

Caritasdirektor Achim Eng



Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.

Die uns anvertrauten Menschen und unsere kompetenten und engagierten Mitarbeitenden stehen für uns im Vordergrund. Aber statt uns den Menschen und unseren Kernkompetenzen widmen zu können, werden wir wiederholt zu Bittstellern bei Bundesfinanz- und Bundesgesundheitsminister. Der zurückliegende Applaus während der Corona-Pandemie allein reicht sicher nicht aus, unsere Probleme in der aktuellen Krise zu lösen.

Ansprechpartner:

Caritasdirektor Johannes Buß



DRK-Landesverband
Niedersachsen e. V.

Für die Krankenhäuser des DRK ist und war die Wertschätzung ihres Personals schon immer von besonderer Bedeutung. Umso größer ist unsere Enttäuschung darüber, dass die einst versprochene Entlastung des Pflegebereichs aktuell „demontiert“ wird. Dies gefährdet sowohl den Qualitätsanspruch, den wir an unsere Versorgung stellen als auch die Motivation unserer Mitarbeitenden, die insbesondere in der aktuellen Zeit Herausragendes leisten. Seitens der Politik bedarf es hier dringender Verbesserungen.

Ansprechpartner:

Dr. Ralf Selbach, Vorstandsvorsitzender, Landesgeschäftsführer



Die Krankenhäuser stehen am Rande der finanziellen und personellen Belastungsgrenze. Fast drei Jahre Coronapandemie haben tiefe Spuren hinterlassen. Verschoebene Eingriffe, freigehaltene Bettenkapazitäten und die erhöhten Preise bei Schutzausrüstung sowie Hygienematerial konnten in vielen Häusern nicht durch die Freihaltetauschalen kompensiert werden. Die Mitarbeitenden sind ausgelaugt. Die langwierigen Verhandlungen der Pflegebudgets haben die Liquidität geschwächt. Die nun steigenden Energiepreise sowie die Inflation kommen on top. Die Sorge vor drohenden Insolvenzen steigt und damit auch die Sorge, dass benötigte Häuser unkontrolliert schließen und Lücken in das Versorgungsnetz reißen. Die Zeit drängt. Den Krankenhäusern muss geholfen werden. Wir fordern deshalb einen sofortigen Inflationsausgleich sowie einen „Bürokratie-Lockdown“, um das Personal zu entlasten.

Ansprechpartner:

Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen

All unsere bisherigen Anstrengungen als Arbeitgeber durch attraktivere Arbeitsbedingungen dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken, werden durch die aktuelle Krise gepaart mit der ausbleibenden Hilfe durch die Politik massiv konterkariert. In großer Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitenden im Gesundheitswesen erwarten wir jetzt von der Politik, dass bestehende Probleme im System und mangelndes Krisenmanagement nicht weiter auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Ansprechpartner:

Michael Bosse-Arbogast, Hauptgeschäftsführer



Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V.

Die Wertschätzung unseren Mitarbeitenden gegenüber zeigt sich gerade in Krisenzeiten. Auf Lippenbekenntnisse während der Corona-Pandemie müssen verbindliche Hilfen folgen, die jetzt schnell auf den Weg gebracht werden. Die bisher auf Bundesebene vorgelegten Gesetzentwürfe drehen an der Preisschraube, aber in die falsche Richtung. Es ist dringend eine Entlastung statt zusätzlicher Belastung der Krankenhäuser und ihrer Beschäftigten erforderlich.

Ansprechpartner:

Landes-Caritasdirektor Dr. Gerhard Tepe



Steigende Arbeitsbelastung, Dokumentationswahn, kaum Zeit für Gespräche mit den Patienten und fehlende Wertschätzung ärztlicher Arbeit – so beschreiben viele Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern ihre Arbeitsbedingungen. Zuviel Arbeitskraft und Arbeitszeit wird mit Datenerfassung und Dokumentation vergeudet. Entbürokratisierung muss endlich eine Priorität der Gesundheitspolitik werden, um mehr Zeit für die Patientenversorgung verwenden und die Arbeitsbelastung der Ärztinnen und Ärzte zugunsten der Qualität der Versorgung reduzieren zu können.

Ansprechpartner:

Andreas Hammerschmidt, Zweiter Vorsitzender



Die Krankenhäuser benötigen schnellstmöglich einen Inflationsausgleich für das Jahr 2022, um die drastischen Kostensteigerungen auffangen zu können. Fachkräftemangel, überbordende Bürokratie sowie eine ungenügende Investitions- und reformbedürftige Betriebskostenfinanzierung belasten die Kliniken bereits seit Jahren.

Der Schulterschluss der hier anwesenden Verbände belegt, dass die aktuelle Lage von allen sehr ernst genommen wird und schnelle Hilfe möglich ist. Wir haben kein Erkenntnis-Defizit, sondern müssen jetzt schnellstmöglich in die Umsetzung kommen.

Ansprechpartner:

Helge Engelke, Verbandsdirektor

Wir erwarten von der Landesregierung ein geordnetes Planungsverfahren für ein qualitativ hochwertiges und flächendeckendes Krankenhausangebot. Eine gute Krankenhausversorgung ist Daseinsvorsorge, und kein Luxus, eine angemessene Finanzierung ist deshalb zwingend. Es darf keine weißen Flecken in der niedersächsischen Versorgungslandschaft geben. Die bedarfsgerechte Versorgung muss vielmehr erhalten und weiterentwickelt werden. Das ist verantwortungsvolles politisches Handeln in der Krise.

Ansprechpartner:

Landrat Sven Ambrosy, Präsident

Eine Pflege nach Kassenlage ist nicht akzeptabel. Zur Stabilisierung der Krankenkassen soll nach dem neuesten Gesetzesentwurf ein erheblicher Teil der Kosten der pflegerischen Versorgung in den Krankenhäusern aus den Pflegebudgets wieder herausgenommen werden. Die versprochene Pflegeentlastung gerät damit in Gefahr. Die Antwort auf unzureichende Mittel kann doch nicht ernsthaft darin bestehen, weniger Pflegende zu finanzieren und gleichzeitig noch mehr Druck auf die vorhandenen Mitarbeitenden zu verteilen, die bereits über ihre Grenzen hinaus belastet sind.

Ansprechpartnerin:

Vera Lux, Vorsitzende



Eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern muss auch in Zukunft gewährleistet sein. Die Bürgerinnen und Bürger in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden Niedersachsens haben einen Anspruch auf eine ausreichende und wohnortnahe medizinische Versorgung. Die aktuelle Unterfinanzierung bedroht ganz besonders auch die kleineren Krankenhäuser im ländlichen Raum. Sie sichern ein Mindestmaß an stationärer Versorgung, stellen einen wichtigen Standortfaktor für unsere Kommunen dar und leisten deshalb einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität.

Ansprechpartner:

Oliver Kamlage, Geschäftsführer



NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTETAG

Das Gesundheitswesen ist ein Kernelement unserer Daseinsvorsorge. Warum die Bundespolitik nicht entschlossen Hilfe leistet, ist nicht verständlich. Wir als Kommunen bekennen uns klar zu unseren Krankenhäusern. Das gleiche erwarten wir von der Politik. Wir schlittern sehenden Auges in einen heißen Herbst, der uns im Gegensatz zu den Vorjahren nicht nur vor die Herausforderungen der Pandemie stellt, sondern mit der vollkommen unzureichenden Finanzierung von Kostensteigerungen massive Risiken für die Krankenhäuser beinhaltet.

Ansprechpartnerin:

Nicole Teuber, Referatsleiterin für Bildung / Soziales / Kultur

Wenn wir weiterhin Menschen für unsere Berufe in den Krankenhäusern wie auch in der Altenpflege begeistern wollen, brauchen wir gerade in Krisensituationen klare Bekenntnisse aus Berlin. Mitarbeitende in den Krankenhäusern und der Pflege allgemein, aber auch die ihnen anvertrauten Menschen haben es verdient, dass wir Gesundheitspolitik nicht nach der Kassenlage, sondern nach den konkreten Erfordernissen der Versorgung ausrichten.

Ansprechpartnerin:

Kerstin Tack, Vorsitzende



**Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen**

Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege und eine hochwertige pflegerische Versorgung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Für die Qualität der Patientenversorgung ist eine angemessene Personalausstattung wesentliche Voraussetzung. Mit der Herausnahme des Pflegepersonals in Krankenhäusern aus den Fallpauschalen hat die Politik einen ersten richtigen Schritt gemacht, der jetzt auch konsequent umzusetzen ist. Darüber hinausgehend braucht es die verbindliche Einführung bedarfsgerechter und wirksamer Personalstandards unter Einbeziehung der Intensivstationen. Krankenhausgesellschaft, ver.di und Pflegerat haben mit der PPR 2.0 ein Konzept vorgelegt, das der Gesetzgeber entsprechend des Koalitionsvertrages nun umsetzen muss. Völlig inakzeptabel ist dabei der jüngste Vorstoß, das Finanzministerium bei der Personalausstattung mitreden zu lassen. Es darf keine Personalausstattung nach Kassenlage geben.

Ansprechpartner:

David Matrai, Landesbezirksfachbereichsleiter
Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft



Verband der
Krankenhausdirektoren
Deutschlands e.V.
Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

Wenn von der Bundesregierung nicht bald belastbare Zusagen kommen, wie den Krankenhäusern in diesen schwierigen Zeiten geholfen wird, wissen die Geschäftsführungen in Kürze tatsächlich nicht mehr, woher in den kommenden Monaten das Geld für die Gehaltszahlungen der Beschäftigten kommen soll. Die Sorge vor drohenden Insolvenzen nimmt mit jedem Tag zu und die Unruhe in den Belegschaften wird zusehends größer.

Ansprechpartner:

Siegfried Ristau, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Krankenhausdirektoren Deutschland e.V. – Landesgruppe Niedersachsen/Bremen



Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e.V.

Pflegende und Ärzteschaft stehen zusammen und übernehmen gemeinsam die Verantwortung für die Patientinnen und Patienten. Nun ist die Politik am Zug. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die an der vordersten Linie die Versorgung aufrechterhalten, im gegenwärtigen Entlastungspaket nicht einmal vorkommen. Angesichts des anhaltend hohen Aufwands und eines drohenden Wiederaufflammens der Pandemie im Herbst und Winter ist die Wiederaufnahme von Coronahilfsmaßnahmen und vor allem ein signifikanter Ausgleich für Energiekosten und Preissteigerungen erforderlich, die in den DRG nur mit jahrelanger Verzögerung abgebildet werden können.

Ansprechpartner:

RA Normann J. Schuster, Hauptgeschäftsführer



Alle Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen stehen unter Druck und zwar unabhängig von der Trägerschaft. Viele Krankenhäuser haben selbst für das Jahr 2020 noch keinen Abschluss zum Pflegebudget, was für sie ein ernsthaftes Liquiditätsproblem bedeutet. Corona-Hilfen und Refinanzierungsmöglichkeiten der massiven Preissteigerungen sind dringend erforderlich, es gibt sie aber weder für Krankenhäuser noch für Rehabilitations-Einrichtungen. Beide Versorgungsbereiche hängen schon insofern eng zusammen, als es in Krankenhäusern einen zusätzlichen Versorgungskollaps geben dürfte, wenn sie wegen Reha-Schließungen ihre Patient:innen nicht mehr zeitgerecht in die Anschluss-Rehabilitation entlassen können. Stattdessen soll es künftig noch mehr Bürokratie und Regulierung geben. So kann es nicht weitergehen.

Ansprechpartner:

Dr. Hans-Heinrich Aldag, Vorstandsvorsitzender